

(A) Beginn: 10.02 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 82. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und begrüße Sie alle recht herzlich. Diese 82. Sitzung ist zugleich die letzte in diesem Hause und die 955. Sitzung, seitdem der Landtag in diesem Hause tagt.

(Allgemeiner Beifall)

Laut Protokoll der 1. Sitzung war der Saal überfüllt, was wir zu Beginn dieser letzten Sitzung noch nicht sagen können.

(Doppmeier (CDU): Aber am Ende, Herr Präsident! - Dr. Farthmann (SPD): Man soll die Hoffnung nicht aufgeben, Herr Präsident!)

Für die heutige Sitzung haben sich 25 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

(Doppmeier (CDU): In Zukunft müßten auch die Gründe ins Protokoll aufgenommen werden!)

Ich erinnere daran, daß wegen der gleichzeitig stattfindenden Bundesratssitzung heute Herr Ministerpräsident Dr. Rau, Frau Ministerin Brunn, Herr Minister Einert, Herr Minister Dr. Zöpel und Herr Minister Dr. Krumsiek sowie am Vormittag Herr Minister Heinemann nicht im Hause sind. Herr Minister Dr. Jochimsen ist bis 13 Uhr anwesend. Herr Minister Matthiesen ist aufgrund einer Umweltministerkonferenz, die Herr Bundesumweltminister Prof. Töpfer gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Lösung der Probleme der Nordsee kurzfristig für heute nachmittag 15.00 Uhr einberufen hat, entschuldigt. Ich habe gestern die Herren Fraktionsvorsitzenden und die Herren Parlamentarischen Geschäftsführer von dem Fernschreiben unterrichtet. - Ich wollte Ihnen das zur Kenntnis bringen, damit wir alle wissen, in welcher Besetzung wir heute verhandeln.

Seinen Geburtstag feiert am heutigen Tage Herr Abg. Reinhold Trinius von der Fraktion der SPD.

(Allgemeiner Beifall)

Er wird 54 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung, die mit einer Bitte verbunden ist: Ohne selber Fußballfan zu sein, habe ich doch sehr

großes Verständnis dafür, daß dieses internationale Ereignis, das heute in der Hauptstadt des Landes Nordrhein-Westfalen, also hier in Düsseldorf, mit dem Spiel der deutschen Mannschaft eröffnet wird, das Interesse der Kolleginnen und Kollegen findet, die diesem Sport besonders zugeneigt sind.

Wenn ich aber unsere Tagesordnung sehe und die mit einer solchen Meisterschaft in dieser Stadt möglicherweise auftretenden Verkehrsprobleme berücksichtige, dann habe ich die herzliche Bitte an die Herren Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer, hinsichtlich der Strukturierung und des Zeitablaufs der heutigen Tagesordnung ein paar Gedanken miteinander auszutauschen und mir im Laufe des Vormittags das Ergebnis dieses Meinungsaustauschs mitzuteilen. Vielleicht gelingt es uns nicht nur, etwas früher fertig zu werden, sondern auch noch, ohne mögliche Verkehrsstaus nach Hause zu kommen.

(Allgemeine Zustimmung)

- Ich sehe, daß Sie das gleiche Interesse haben, und bedanke mich für alle Bemühungen dieser Art.

Nun treten wir in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe den Punkt 1 auf:

Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Nachtragshaushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/3240

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksache 10/3264
dritte Lesung

Ich verweise auf die genannte Beschlußempfehlung. Sie ist Grundlage auch der heutigen Beratung, da nach der zweiten Lesung am Mittwoch keine weitere Ausschusssitzung stattgefunden hat.

In die Beratung beziehen wir den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3316 (Neudruck) zum Einzelplan 11 - Stichwort: Baumaßnahmen an den Bundesfernstraßen - und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/3325 zum Einzelplan 03

(C)**(D)**

(Präsident Denzer)

- (A) - Stichwort: Stellenausstattung für den Fluggastkontrolldienst - ein.

Zu dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. Drucksache 10/3316 haben die beiden Fraktionen beantragt, in der Erläuterung das Wort "überwiegend" zu streichen. Da es keinen weiteren Neudruck gibt, bitte ich Sie, in diesem Antrag in dem letzten Halbsatz "für die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sind überwiegend für zusätzliche Leistungen im Planungsbereich" die Streichung vorzunehmen. Das ist die Geschäftsgrundlage für die Beratung. In dieser Fassung wird der Antrag in die Beratung einbezogen.

Die Fraktionen der CDU und der F.D.P. haben außerdem mit Drucksache 10/3333 einen Entschließungsantrag vorgelegt, der ebenfalls in die Beratung einbezogen wird und über den wir nach der Verabschiedung des Nachtragshaushalts abstimmen werden.

Ich eröffne die Beratung. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abg. Dr. Linssen das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt, den die Landesregierung vorgelegt hat und den wir heute abschließend beraten, ist nichts anderes als die späte Rache einer unehrlichen, unseriösen und spekulativen Haushaltspolitik für das Jahr 1988.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das haben wir der Regierung und der SPD-Landtagsfraktion schon bei den Haushaltsberatungen im Dezember 1987 deutlich in das Stammbuch geschrieben.

Zur Begründung Ihrer haushaltspolitischen Flickschusterei, nämlich der Nettoneuverschuldung und weiteren Höherverschuldung von 403 Millionen DM, ist Ihnen nichts anderes eingefallen als die geradezu gebetsmühlenhaft vorgetragene Formulierung, dies alles sei für die Umsetzung der Ergebnisse der Ruhrgebietskonferenz erforderlich. Die Inszenierung, die hier betrieben wird, ist klar. Das Land ist eigentlich schon lange an der Grenze seiner Möglichkeiten. Herr Rau - ich werde mir erlauben, den Ministerpräsidenten hier fortlaufend anzusprechen, auch wenn er nicht anwesend ist; vielleicht kann er es nachlesen, denn er ist berechtigterweise heute nicht anwesend -, Herr Rau, Sie sind am Ende Ihres Lateins.

(Zuruf von der SPD: Was hat das denn mit dem Haushalt zu tun?)

Von einer Finanzkrise riesigen Ausmaßes schwer geplagt, überschreiten wir noch in diesem Jahr den Betrag von 100 Milliarden DM Schulden. Dennoch schließen Sie einen erneuten Pakt mit dem "Dämon" der weiteren Höherverschuldung. Schuld daran ist natürlich - so sehen Sie das - die Bundesregierung. Sie hätten es gern, wenn die Bürger in unserem Lande unsere Diskussion heute so verstünden. So stellen Sie sich auch die Dramaturgie der heutigen Debatte vor. Denn, meine Damen und Herren von der SPD, Sie kümmern sich mehr um die Inszenierung als um die Kärnerarbeit zur Verbesserung der Verhältnisse in unserem Lande und um die tatsächliche Aufklärung und richtige Analyse.

(C)

Wie sehr mein Argument stimmt, haben wir hier gestern erlebt. Das, was hier bei der Debatte um die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses I betreffend die Parteispendenafläre stattfand - Herr Schleußer ist leider nicht im Raum; sonst würde ich ihn direkt ansprechen -

(Zuruf von der SPD: Dummes Zeug!)

- Entschuldigung, Herr Schreiber ist nicht im Raum; denn er ist derjenige, der das gestern hier inszeniert hat -, war eine kalkulierte Unverschämtheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wendzinski (SPD): Warum wärmen Sie das denn alles wieder auf?)

- Wir befinden uns hier in der dritten Lesung; deshalb erlaube ich mir, dazu einen Ton zu sagen.

(D)

(Zuruf von der SPD: Ich denke, wir haben im Ältestenrat darüber gesprochen! Das ist doch das Letzte!)

Sie wissen ganz genau, daß hier gestern über Religion gesprochen wurde und daß politische Moral und Kultur bemüht wurden. Das, was hier gesagt wurde, hätte im Ausschuß ganz ruhig abgeklärt werden können. Es ist aber erwartet worden, um das hier zu inszenieren. Ich halte das für eine kalkulierte Unverschämtheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Wendzinski (SPD))

Herr Farthmann wird sicherlich Gelegenheit nehmen, nachher noch etwas dazu vorzutragen.

Ich kann Sie, meine Damen und Herren von der SPD, nur warnen: Unterschätzen Sie nicht das Erinnerungsvermögen unserer

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie wissen, wenn etwas inszeniert wird und wenn tatsächliche Hilfe geleistet wird. Und daß wir gerade vom Bund in letzter Zeit außerordentliche Hilfe in diesem Lande erfahren haben, ist, glaube ich, allen mittlerweile sonnenklar.

(Mernizka (SPD): Wir haben bis jetzt noch nichts gesehen!)

- Lieber Herr Kollege Mernizka, Sie wissen es vielleicht doch am besten, weil Sie im Stahlbereich zu Hause sind. Sie wissen, wer die 300 Millionen DM für die Sozialpläne herausgepackt hat.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie wissen ganz genau, wer 1,2 Milliarden DM für die soziale Abfederung im Kohlebereich locker gemacht hat. Sie wissen, wer 100 Millionen DM für das Aachen-Programm zur Verfügung gestellt hat. Sie wissen, wer die Mittel für Bahn- und Postinvestitionen, für DARA und für Umweltschutzmaßnahmen hier im Lande gegeben hat.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Obwohl Sie es wissen, stellt sich der Ministerpräsident am Mittwoch hierhin und sagt in seiner Regierungserklärung - ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten -:

- (B) Die wirtschaftliche Entwicklung, die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung haben Nordrhein-Westfalen bis an die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gebracht, weil wir die Politik der Erneuerung zu finanzieren haben.

Genau das ist falsch. Das ist eine Strategie, die hier gefahren wird und die offensichtlich bis zur Landtagswahl 1990 die wahren Verhältnisse vernebeln soll.

(Zustimmung bei der CDU)

Diese Strategie, meine Damen und Herren von der SPD, ist zutiefst unseriös. Die Bürger fragen sich mittlerweile: Wofür haben wir überhaupt eine Landesregierung gewählt? Ist das eine Landesregierung, die sich im Exil befindet, oder haben wir eine Landesregierung gewählt, die selbst die Probleme hier im Lande anpackt?

(Zuruf des Abg. Henning (SPD))

Da fließen Milliarden in unser Land, und Sie klagen ständig nur an. Sie bemühen die

Steuerreform, Sie klagen über die Vorfinanzierung, weil Verpflichtungsermächtigungen im Bonner Haushalt stehen, und wir werden sicherlich heute das gleiche Spiel bei der Diskussion um den Albrecht-Plan noch einmal erleben. (C)

Meine Damen und Herren, wer Hilfe in schwerer Zeit vom Bund und von anderen Ländern benötigt, der muß zeigen, daß er die Probleme, die er selber lösen kann, auch anpackt, und das vermissen wir hier.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie schaden Nordrhein-Westfalen, wenn Sie es nach der Bäumchen-wechsel-dich-Methode vorführen. In Bonn soll unser Land arm wie eine Kirchenmaus erscheinen, und hier zu Hause - glaubt man Ihren Worten - ist alles in Ordnung, blüht und gedeiht unser Land auf das beste.

(Zuruf des Abg. Hovest (SPD))

Was gilt jetzt eigentlich, darf ich Sie fragen. Sie müssen sich schon einmal entscheiden: arm oder reich, die Version in Düsseldorf oder die in Bonn.

Meine Damen und Herren, Sie müßten einmal Briefe des Ministerpräsidenten lesen, die er ins Land verschickt. Wenn er gefragt wird, warum nicht genügend Beamte bei der Polizei, bei der Justiz, im Forstwesen vorhanden seien, warum Religionslehrer in diesem Land fehlten, dann finden Sie immer auf Seite 2 einen Passus, der da klagt: Einmal sind wir im Bundesfinanzausgleich nicht berücksichtigt, zweitens haben wir schwere Krisen, und drittens ist die böse Steuerreform an allem schuld. Es wird langsam so penetrant, daß es den Leuten richtig langweilig wird, das vorgetragen zu bekommen. (D)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Henning (SPD))

Wie schwärmte doch einst der Adlatus von Johannes Rau, Herr Hombach - ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten wörtlich -:

Johannes Rau wird als Bundeskanzler in einer pluralistischen Gesellschaft ein Orchester aus vielfältigen Meinungen zum Spielen bringen.

(Frau Robels (CDU): Das darf doch nicht wahr sein!)

Das war sicherlich peinlich hochgegriffen. Er hat damals bestimmt Raus Fähigkeiten über- und die Klugheit der Wähler unterschätzt.

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Aber uns würde es ja schon reichen, wenn er wenigstens im Landeskabinett endlich den Dirigentenstab in die Hand nähme und den Bettelstab in die Ecke legte, mit dem er vor Bonner Toren dauernd herumfuchelt.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Rau, steigen Sie herab von Wolke 17, und kümmern Sie sich um die Probleme unseres Landes.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

Dazu gehört eine solide Finanzpolitik, deren Grundlagen Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit sind. Dazu gehört auch eine andere Wirtschaftspolitik.

Es ist bezeichnend, wie die Einstellung der Landesregierung in diesem Punkte ist. Da gibt Herr Schleußer dem WDR am 4. Mai ein Interview und betont, daß das Land Nordrhein-Westfalen nur eine einzige Möglichkeit hat, Einfluß auf den Haushalt zu nehmen, nämlich über die Ausgaben. Und weiter: Einflußmöglichkeiten gibt es nicht auf der Einnahmenseite; da kommt es eben über das Land.

Herr Schleußer, ich möchte Ihnen zu Beginn Ihrer Amtszeit sehr deutlich ins Stammbuch schreiben: Es kommt über Sie, was an Steuereinnahmen von Bonn im Moment wirklich in Hülle und Fülle über Sie kommt; aber Sie haben über die Wirtschaftspolitik - darüber könnten Sie sich vielleicht einmal mit Ihrem Nachbarn zur Rechten, Herrn Minister Jochimsen, in ein intensives Gespräch begeben - die Möglichkeit, die Einnahmenseite auch selber zu verbessern,

(B)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.
- Doppmeier (CDU): So ist es.)

indem Sie nämlich die Wachstumsdefizite hier in Nordrhein-Westfalen mit beseitigen helfen. Sie wissen, daß 1 % weniger Wachstum - wir haben allein in den Jahren 1982 bis 1986 4 % weniger als im Bundesdurchschnitt gehabt - 500 Millionen DM weniger Steuereinnahmen ausmacht. Also engen Sie sich nicht selber als der Verwalter von Mängeln auf der Ausgaben-seite ein, sondern kümmern Sie sich gemeinsam mit Ihrem Kollegen Wirtschaftsminister, vielleicht sogar mit Unterstützung des Ministerpräsidenten, auch um die Einnahmenseite.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Sie können nachher über die Logik ja vielleicht etwas vortragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welches Schauspiel hat die Landesregierung hier aufgeführt, als sie die Zinsen in Höhe von vielleicht 1,5 Millionen DM, die wir für die Vorfinanzierung der Maßnahmen der Ruhrgebietskonferenz im Jahre 1988 zu übernehmen haben, lauthals beklagte.

(C)

Man hatte den Eindruck, als stünden wir wegen dieser 1,5 Millionen - nicht wegen der 100 Milliarden DM - vor dem finanziellen Bankrott. Natürlich sind auch eineinhalb Millionen DM sehr viel Geld. Aber es ist ein läppischer Betrag, vergleicht man ihn mit den Steuermehreinnahmen von fast 1,7 Milliarden DM - hören Sie gut zu! - für die ersten fünf Monate des Jahres 1988.

(Beifall bei der CDU)

Das sind 10,7 % mehr, 500 Millionen DM mehr, als der Finanzminister für das ganze Jahr geschätzt hat.

Wir sind gar nicht so vermessen, diese 10,7 % fortzuschreiben. Aber wenn Sie jetzt schon 500 Millionen DM mehr haben als für das ganze Jahr prognostiziert, dann, meine ich, ist es richtig, wenn wir die dritte Lesung noch einmal dazu verwenden, zu überlegen, ob die Finanzierungsseite dieses Nachtrags-haushalts so verabschiedet werden soll, wie sie der Finanzminister vorgelegt hat.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wir kassieren eintausendmal mehr Steuern in den ersten fünf Monaten, als die Zinsen für die Vorfinanzierung ausmachen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß wir trotz zweiter Stufe der Steuerreform, die Sie ja lauthals beklagen, viel mehr Geld in die Kassen bekommen - aufgrund eines guten wirtschaftspolitischen Fundaments, auf dem wir arbeiten.

(D)

Sie verkennen völlig die Tatsache, daß die Steuerreform Wachstumimpulse über eine Konsumnachfrage auslöst, die in wiederum hervorragendem Ausmaß, wie schon in den Jahren 1986 und 1987, gesteigert wird. Sie profitieren von der Bonner Politik, und ich meine, Sie sollten die Chance für eine Politik nutzen, die sich nicht nur im neuen Schuldenmachen erschöpft.

(Jaax (SPD): Ein ganz neues Argument!)

Meine Damen und Herren von der SPD, wir haben einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem wir noch einmal etwas zur Finanzierungsseite dieses Haushalts gesagt haben. Wir haben Ihnen Montag in der ersten Lesung

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) angeboten, in aller Ruhe, in aller Seriosität mit Ihnen darüber zu sprechen. Sie haben, wie wir das jetzt seit Jahren gewohnt sind, alle Anträge in der zweiten Lesung abgeschmettert. Ich glaube, es paßt nicht in Ihre Regie, daß wir hier über Steuermehreinnahmen sprechen, weil damit Ihre gesamte Argumentation hinsichtlich dessen, was an der Misere in Nordrhein-Westfalen schuld ist, zusammenbrechen würde.

(Schauerte (CDU): Das ist es! - Beifall bei der CDU)

Sie verweigern sich der ganz klaren und objektiv nachweisbaren Erkenntnis, daß Steuermehreinnahmen und Wachstum auch dem Land Nordrhein-Westfalen nutzen und Sie diese Steuermehreinnahmen als Finanzierungsquelle für alle berechtigten Ausgaben zur Umsetzung der Ergebnisse der Ruhrgebietskonferenz verwenden sollen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Sie verweigern sich auch deshalb der Erkenntnis, weil Sie ansonsten den Gemeinden in unserem Land bekennen müßten, daß Sie offensichtlich den Versuch, die Nettoneuverschuldung nicht in noch größerem Maße anwachsen zu lassen, nur auf den Knochen der Kommunen in unserem Lande machen.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren, Sie singen dieses hohe Lied der "miserablen" Steuerreform, damit Sie nicht den Gemeinden bekennen müssen, daß Sie mit über 15 Milliarden DM Kürzungen in diese Richtung seit 1982 gerade die Investitionsfähigkeit der Städte und Gemeinden in unserem Lande total kaputtgemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU sagt ein volles Ja zur Umsetzung der Ergebnisse der Ruhrgebietskonferenz im Nachtragshaushalt. Wir sagen nein zur Finanzierungsmethode, zur weiteren Neuverschuldung, weil sie nicht nötig ist.

In anderen Debatten unterhalten wir uns hier über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir sprechen darüber, daß wir im Umweltbereich mehr tun müssen, weil wir diese Welt nur von unseren Kindern geliehen haben. Genauso müssen wir im finanziellen Bereich argumentieren; denn wir können unsere Kinder und Enkel nicht mit diesen NRW-Schuldenlasten und Zinsbelastungen leben lassen.

(Dr. Farthmann (SPD): Das erzählen Sie mal dem Bundesfinanzminister!)

wie Sie das hier seit 1978, seit der Haushaltsverantwortung von Johannes Rau, seit der Verdreifachung der Schulden in diesem Zeitraum von zehn Jahren, betrieben haben.

(Zustimmung bei der CDU - Wendzinski (SPD): Der größte Schuldenmacher ist doch Stoltenberg!)

Sie nehmen offensichtlich aus durchsichtigen politischen Gründen, weil Ihre Argumentationskette sonst zusammenbrechen würde, eine weitere Höherverschuldung in Kauf. Wir lehnen deshalb diesen Nachtrag ab. Trotz hervorragender Steuereinnahmen, Herr Ministerpräsident, stürzen Sie nämlich damit unser Land in einen noch größeren Schuldenlamassell.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Herr Abg. Dorn das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute in dritter Lesung mit der Textvorlage für ein absurdes Theaterstück. Es heißt: Nachtragshaushalt 1988. Autor dieses Stückes ist die SPD-Landesregierung, die aber leider übersehen hat, daß man für ein wirksames absurdes Theaterstück einen Regisseur wie Zadek oder Peymann braucht, um es einigermaßen erfolgreich über die Bühne bringen zu können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Ruppert (F.D.P.): Und nicht nur Beleuchter! - Zuruf von der CDU: Keinen Armleuchter!)

Aber Fragen der Regie sind bei dieser Landesregierung seit vielen Jahren nie mehr überzeugend gelöst worden. Das Absurde an dieser Textvorlage ist, daß sie eigentlich völlig überflüssig ist. Die Landesregierung will vom Parlament die Zustimmung zu einer Erhöhung der Kreditaufnahme um 403 Millionen DM und eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in einer Gesamthöhe von 1 187,6 Millionen DM. Damit will sie, wie sie sagt, das Montanprogramm finanzieren.

Nun gibt es in diesem Haus überhaupt keine unterschiedlichen Meinungen darüber, daß den Montanregionen - aber nicht nur diesen, sondern auch anderen Regionen unseres Landes - geholfen werden muß. Wir als Freie Demokraten bekennen uns dazu in besonderer Weise. Die Behauptung, daß das nur möglich sei, wenn das Land seine Schulden auf über

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) 100 Milliarden DM erhöhe, ist aber völlig absurd.

(Beifall bei der F.D.P. sowie des Abg. Riehemann (CDU))

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, alle vorgesehenen Maßnahmen, die in diesem Nachtragshaushalt enthalten sind - unabhängig davon, ob sie unsere Zustimmung finden oder nicht -, wie auch die geplanten Verpflichtungsermächtigungen zur Finanzierung der Maßnahmen in den Folgejahren können ohne jede Erhöhung der Aufnahme von Kreditmarktmitteln und der Verpflichtungsermächtigungen finanziert werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Die Landesregierung und die Mehrheitsfraktion der SPD wissen ganz genau, daß die Mittel für die Finanzierung aller Vorhaben zur Verfügung stehen.

(Tscholtsch (F.D.P.): So ist es!)

Sie bestehen erstens aus Steuermehreinnahmen der ersten fünf Monate dieses Jahres in einer Höhe von 1 657 000 000 DM

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

- (B) und zweitens aus einem Betrag von 1,5 Milliarden DM Verpflichtungsermächtigungen, über deren Bewilligung im Jahre 1987 keine positive Entscheidung gefällt worden ist.

Drittens, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion - dies ist das besondere Problem, bei dem wir Sie in den vergangenen Jahren immer wieder davor gewarnt haben, diesen Weg weiterzugehen -, betragen allein die Haushaltsreste der letzten zwei Jahre laut Schreiben des Finanzministers Posser vom 20. April 1988 3,3 Milliarden DM. Hierzu kommen noch die Reste aus dem kommunalen Steuerverbund in Höhe von 980 Millionen DM für das Jahr 1987, die ich hier nur einmal nennen will, ohne sie für die Ausgabenpositionen im nicht kommunalen Bereich als Deckungsvorschlag anzubieten.

Meine Damen und Herren, wer weiß, wie diese vom Parlament bewilligten Haushaltsausgaben und diese riesigen Beträge der Ausgabenreste in der Regierung bewertet werden, kann nicht daran vorbeigehen, daß dieser Nachtragshaushalt die überflüssigste Textvorlage

ist, die sich diese Regierung bisher geleistet hat. (C)

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Dazu möchte ich noch einige Beispiele nennen, nachdem ich bereits bei der dritten Beratung des Haushaltsplans 1988 eine Vielzahl von Beispielen für die Gestaltung der Haushaltsreste und ihre politische Wertung vorgetragen habe.

Im Einzelplan 07 waren Förderungsmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in einer Höhe von 9,8 Millionen DM vorgesehen. Ausgegeben wurden aber nur 2,6 Millionen DM, und der Ausgabenrest, mit dem keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Landesregierung durchgeführt wurden, beträgt allein in dieser einen Position 7,2 Millionen DM. Wir würden den Arbeits- und Sozialminister, wäre er hier, gern fragen, was er denn eigentlich gemacht hat, warum diese Arbeitsbeschaffungsprogramme nicht durchgeführt worden sind, obwohl er selbst doch immer wieder über die besondere Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet klagt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Im Einzelplan 08 waren bei der Position "Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland" für 1987, Herr Minister Jochimsen - er ist auch nicht mehr da -, 16 Millionen DM vorgesehen. Der Ausgabenrest betrug 18,1 Millionen DM. Im gleichen Haushalt sind für Investitionszuschüsse an private Unternehmen 4 Millionen DM vorgesehen. Der Ausgabenrest beträgt 5,5 Millionen DM. (D)

Im Einzelplan 10 - der Minister ist ebenfalls nicht mehr anwesend - sind für die landwirtschaftliche Siedlung 7,3 Millionen DM vorgesehen. Die übertragenen Ausgabenreste haben eine Höhe von 38,5 Millionen DM erreicht.

Bei der Abwasserabgabe waren 94 Millionen DM vorgesehen, und der Haushaltsrest beträgt 286 Millionen DM.

Bei der Fehlbelegungsabgabe im Einzelplan 11 betrug der Haushaltsansatz 100 Millionen DM und der Ausgabenrest 248 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Beispiele, bei denen oft ein Vielfaches der Haushaltsansätze als Ausgabenreste von Jahr zu Jahr weiter fortgeschrieben werden, beweist uns, wie unsinnig die Haushaltsberatungen dieses Parlaments sind, wenn die Landesregierung dieses Verfahren beibehält.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, Sie sollten sich ernsthaft überlegen, wie lange Sie sich noch die Degradierung zur Akklamationsmaschine der Regierung gefallen lassen wollen,

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

weil diese Landesregierung unfähig ist, die dringend notwendigen Veränderungen in der Haushaltsgestaltung durchzuführen. Hier zeigt sich seit Jahren, daß wir mit unserer Kritik recht hatten und Haushaltskürzungen in bestimmten Bereichen in Milliardenhöhe möglich gewesen wären, um im Haushalt andere politische Schwerpunkte zu bilden, die eine wirkliche Zukunftsinitiative in unserem Lande hätten auslösen können.

Dieser Nachtragshaushalt 1988 ist der beste Beweis dafür, daß diese Regierung außerstande ist, eine in die Zukunft gerichtete solide Finanzpolitik zu betreiben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Dabei hilft auch überhaupt nicht die Kritik an der Bundesregierung über die nach Auffassung der Landesregierung ausgefallenen Bundesmittel in Höhe von 330 Millionen DM, die die Landesregierung leichtfertig, ohne vom Bund auf dem Verhandlungswege eine Zusage erhalten zu haben, in den Landeshaushalt 1988 eingesetzt hat.

(B)

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Die Kritik der Landesregierung und der SPD ist auch deshalb unglaubwürdig, weil diese selbe Landesregierung die Kommunen unseres Landes und vor allen Dingen auch die Landschaftsverbände genauso behandelt, wie sie sich selbst vom Bund behandelt fühlt,

(Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

und dem Landschaftsverband Rheinland durch den Innenminister die Verpflichtung auferlegt, anstelle der vom Land erwarteten Ausgleichszuschüsse eine Erhöhung der Landschaftsumlage, die von den Gemeinden finanziert werden muß, zu zahlen.

Meine Damen und Herren! In der gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Wirtschaftsausschusses am Dienstag dieser Woche haben wir ja bei einer Reihe von Beispielen erlebt, wie unsinnig die Begründungen für Ausgaben in bestimmten Bereichen lauten. Die Äußerung von SPD-Angeordneten,

daß aus Bonn in diesem Jahr überhaupt kein Geld nach Nordrhein-Westfalen fließe, wie wir das ja vorgestern und am Montag hier wieder gehört haben, ist durch die Entscheidungen in Bonn längst widerlegt. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat auf Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Bangemann allein für den Eschweiler Bergwerks-Verein eine Sonderhilfe von 352 Mio DM zur Verfügung gestellt.

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Zuwendungsbescheid des Ministeriums liegt bereits in Aachen vor.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Damit - das sage ich genauso deutlich, Herr Farthmann - ist ein einstimmiges Verlangen des Haushalts- und Finanzausschusses unseres Landtags aus dem vergangenen Jahr vom Deutschen Bundestag realisiert worden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das, was wir - alle drei Fraktionen gemeinsam - im vergangenen Jahr in Aachen beschlossen haben und wozu die SPD gesagt hat, nun komme es aber darauf an, daß die Bundesregierung mitziehe, hat die Fraktionen der CDU und der F.D.P. veranlaßt, in Bonn vorzusprechen, mit dem Bundeswirtschaftsminister die Details zu erörtern - und das Ergebnis sehen Sie nun vorliegen: Das, was Sie von uns verlangt haben, haben wir in voller Höhe geliefert - im Interesse der Bewohner dieses Landes!

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ferner hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages auch die Sperre der restlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 42 Millionen DM für das Anpassungsgeld für Bergarbeiter aufgehoben. Diese Summe steht in unserem Lande nunmehr ebenfalls voll zur Verfügung.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sollten, gerade wenn Sie aus dem Ruhrgebiet kommen, auch noch einmal zur Kenntnis nehmen, wie sehr die Schelte, der Bund erfülle seine Aufgaben nicht, an der Wirklichkeit vorbeigeht. Die Ruhrkohle AG erhielt auf einmütigen Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses gleichfalls einen Ausgleich von Belastungen in Höhe von 716,4 Mio DM für das Jahr 1988 zur Verfügung gestellt.

Damit hält der Bund die von ihm gegebenen Unterstützungszusagen ein, und es bedarf nicht der Anmahnungen, die Herr Leister und

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Herr Jochimsen am 27. Mai dieses Jahres in die Öffentlichkeit getragen haben. Wir konnten inzwischen ja auch in der "Westdeutschen Zeitung" vom 1. Juni lesen, daß die Herren Schäuble und Leister im Kanzleramt eine positive Bilanz bezüglich der Umsetzung der Ruhrgebietskonferenz gezogen haben.

Lassen Sie mich jetzt noch einige Gedanken zu dem SPD-Antrag Drucksache 10/3325 vortragen, in dem vorgesehen ist, die Zahl der Stellen für die Fluggastkontrollen um 50 zu erhöhen. In der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hatte die SPD am Dienstag dieser Woche 115 neue Stellen beantragt. Der Antrag wurde abgelehnt. In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am selben Tage wurde der Antrag ebenfalls abgelehnt. Heute beantragt die SPD statt der 115 Stellen vom Dienstag - die sie damals für unabdingbar hielt - nur noch 50 Stellen. Es ist ja schade, meine Damen und Herren, daß wir in der nächsten Woche keine Sitzung mehr haben; bei diesem rasanten Sinneswandel der SPD wären wir dann sicher bei null gelandet.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Doch nun zur Sachkritik! Das Thema ist ja nicht neu und auch nicht erst seit Januar 1988 dringlich. Nur, die Regierung Rau hat es entweder nicht früh genug richtig erkannt, oder sie war - wie so oft - entscheidungsunfähig.

(B)

Der Landtag hat deshalb vor einigen Wochen eine Sonderkommission aus Mitgliedern von drei Ausschüssen - Verkehrsausschuß, Innenausschuß, Haushalts- und Finanzausschuß - unter dem Vorsitz des Kollegen Kröhan mit dem Ziel gebildet, bei den wichtigsten Flughäfen zu prüfen, wie die Fluggastkontrollen durchgeführt werden, und mit allen Beteiligten Lösungen zu erarbeiten. Die Kommission soll laut Beschluß des Landtags im September dieses Jahres ihren Bericht vorlegen und eine Konzeption für die Flughäfen unseres Landes vorschlagen.

Nun, meine Damen und Herren von der SPD, lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen: Es ist für mich daher schon mehr als eine Stilfrage, wenn die SPD nun plötzlich Personalentscheidungen erzwingen will, bevor der vom Parlament der Kommission erteilte Auftrag erledigt ist. Keine der Begründungen, die uns dazu in den zuständigen Ausschüssen vorgetragen wurden, war überzeugend. Hinzu kam - auch das soll deutlich werden -, daß die Vertreter verschiedener Ministerien in beiden Ausschüssen gegen-

sätzliche Vorstellungen vortrugen, was mich veranlaßte zu erklären, die Regierung solle sich selbst erst einmal darüber einig werden, was sie denn nun wirklich wolle. Mit dieser Feststellung haben wir dann die Beratungen eingestellt. (C)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Bundesrepublik Deutschland bisher den höchsten Sicherheitsstandard bei den Fluggastkontrollen in der ganzen Welt. Auch aus diesem Grunde halte ich die Vorstellungen der Regierung und der SPD für unverantwortbar. Sie wollen jetzt die Stellen ausschreiben, die Bewerber aussuchen, so es solche unter den vorgesehenen Bedingungen überhaupt gibt, nämlich Bezahlung nach Vergütungsgruppe VII oder VIII BAT und mit Einstellungsbeschränkung, bis zum 31. Dezember 1988 befristet. Dann sollen die Bewerber sicherheitsüberprüft werden. Wie lange das dauert, weiß ich selbst sehr genau, weil ich dafür ja lange Zeit zuständig war.

Dann müssen sie ausgebildet werden, und wenn wir Glück haben, können sie in den letzten drei Monaten dieses Jahres arbeiten. Alle anderen Zeitplanungen sind Illusionen oder gehen auf Kosten der Sicherheit, und dazu bekommen Sie unsere Zustimmung niemals.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Aber die Reisewelle geht ja erfahrungsgemäß im September zuende.

(D)

Meine Damen und Herren von der SPD, ziehen Sie Ihren Antrag zurück!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam mit der Kommission Ihres Fraktionskollegen Erich Kröhan im Herbst eine sinnvolle Lösung beschließen, die dann ab Januar 1989 gültig werden kann. Das ist der einzig vertretbare und vernünftige Weg aus diesem Dilemma, auch für Sie.

Ich möchte zu meinen Eingangsworten zurückkommen. Als Schlußbemerkung zu den absurden Texten der Regierung, die nach der ersten Vorstellung besser sofort aus dem Programm des Sommertheaters gestrichen worden wären, fällt mir nur der Satz eines hochqualifizierten Autors ein. Goethe läßt seinen Faust sagen: "Ich finde nicht die Spur von einem Geist, alles ist Dressur."

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD

(Präsident Denzer)

(A) spricht Herr Prof. Dr. Farthmann. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß eben noch auf den Eklat zurückkommen, der gestern stattgefunden hat, weil der Generalsekretär der CDU es für richtig gehalten hat, das hier noch einmal eine kalkulierte Unverschämtheit zu nennen.

(Schauerte (CDU): So ist es wohl auch!)

- Darüber, was das ist, kann man ja vielleicht streiten. Aber über eines kann man nach meiner Meinung nicht streiten: Wenn wir uns über einen bestimmten Vorfall im Ältestenrat verständigen und eine Verabredung herbeiführen, daß bestimmte wörtlich formulierte Erklärungen abgegeben werden,

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

dann bin ich bisher davon ausgegangen, daß das ein Strich unter der Sache ist.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Der erste Teil war nicht abgesprochen!)

Wenn dann hier noch einmal in vorwitzigem Übereifer eine Arie gesungen wird, dann wird uns das in Zukunft überlegen lassen, ob es noch sinnvoll ist, mit der CDU Vereinbarungen dieser Art im Ältestenrat zu treffen.

(B) (Lebhafter Beifall bei der SPD)

Damit das klar ist!

Ich habe es für völlig selbstverständlich gehalten, daß jeder soviel Mindestgefühl für Fair play hat, daß sich das nicht gehört, sondern daß man dann einen Strich darunter macht und die Sache dann erledigt ist.

(Zustimmung bei der SPD - Zahlreiche Zurufe von der CDU)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, ich wollte Sie nur fragen - es ist Ihr gutes Recht, das abzulehnen -, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen wollen.

Dr. Farthmann (SPD): Das ist mir wohl bewußt, und ich werde von diesem Recht Gebrauch machen. Ich möchte jetzt kein Hinterherklappen. Ich habe eine Erklärung dazu abgegeben, und das genügt. Es würde der Sache überhaupt nicht dienen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nun zum Haushalt! Herr Linssen hat diesen Haushalt, wenn ich mich recht erinnere, unaufrichtig und unklar genannt. Herr Linssen, nur: Was dann kam, war nichts. (C)

(Dautzenberg (CDU): Die Finanzierung!)

Außer Verbalinjurien haben Sie wirklich nichts beigetragen. Aber es muß ja jeder wissen, was er hier zu verkaufen hat.

Ich finde es nicht überzeugend, wenn sich beide Oppositionsparteien einem Anliegen verweigern, das in seinem wesentlichen Kern die Ergänzung dessen ist, was auf der Ruhrgebietskonferenz beschlossen worden ist und was hier aufgefüllt werden muß.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU - Doppmeier (CDU): Das ist unredlich!)

Es ist doch überhaupt kein Zweifel: Wenn wir, was diesen Teil anbetrifft - nur davon rede ich jetzt -

(Dr. Linssen (CDU): Zu den Ausgaben sagen wir ja! - Weitere Zurufe von der CDU - Zuruf von der SPD: Kindergärten!)

keinen Nachtragshaushalt gemacht hätten - Herr Dorn hat doch eben gesagt, der ganze Nachtragshaushalt sei eine überflüssige Veranstaltung. Stimmt das oder stimmt das nicht? - Wenn wir also den Nachtragshaushalt nicht gemacht hätten, dann hätten Sie gesagt: Da stellt der Bund Hilfen zur Verfügung, und hier wird von der Landesregierung nicht der notwendige Teil dazu ergänzt. (D)

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das ist doch der entscheidende Punkt. Deswegen kann ich nur sagen: Bei dem hohen Grad der Verschuldung unseres Landes hat niemand leichten Herzens diesem Nachtragshaushalt und den damit verbundenen Mehrausgaben für die Landeskasse zugestimmt. Das hat niemand leichten Herzens getan.

(Dr. Linssen (CDU): Das ist genau der Punkt.)

Trotzdem glaube ich, Herr Linssen, daß wir es den Bürgern unseres Landes schuldig sind, diesen Schritt zu tun.

(Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Denn nachdem der Bund nicht bereit oder nicht in der Lage war - das will ich gar nicht

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) entscheiden -, die in der Ruhrgebietskonferenz am 24. Februar vereinbarten Hilfen für das Ruhrgebiet noch in diesem Jahr zu leisten, sind wir als Land in Vorlage getreten, um eine schnelle und wirksame Hilfe zu ermöglichen.

Dabei gilt allgemein für unseren Haushalt: Wir finanzieren lieber Arbeit als Arbeitslose.

(Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Darum geht es doch gar nicht!)

Es wäre zu wünschen, daß dieser Satz endlich überall zur Richtschnur für die Politik in der Bundesrepublik gemacht würde.

(Erneut Beifall bei der SPD - Dorn (F.D.P.): Da kann man nur zustimmen.)

Das eigentlich Bedrückende an der Arbeitslosigkeit - -

(Doppmeier (CDU): Dem Farthmann gehen die Argumente aus! Das merkt man!)

Wenn Sie das nicht verstehen, sollten Sie einmal überprüfen, ob das nicht an Ihnen liegt.

(Doppmeier (CDU): Hören Sie auf! Das ist ja nicht mehr erträglich!)

- (B) Denn das eigentlich Bedrückende an der Arbeitslosigkeit bei uns ist doch - ich dachte, dies ließe sich auch hier im Landtag einmal vermitteln; aber offenbar allen nicht -, daß ja genug Arbeit vorhanden ist, daß wir nur nicht in der Lage sind, unsere reichlichen finanziellen Ressourcen so zu leiten,

(Doppmeier (CDU): Hier ist die Arbeitslosigkeit so hoch, weil man nicht rechtzeitig Strukturpolitik gemacht hat!)

daß diese Arbeit auch in Auftrag gegeben und bezahlt werden kann. Das muß doch wohl jeden Politiker, der eine Verpflichtung gegenüber dem Bürger fühlt, mindestens nachdenklich machen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir als SPD-Fraktion - das ist ja allgemein bekannt geworden, das hat auch in den Zeitungen gestanden - haben bei der Vorbereitung der Ruhrgebietskonferenz - übrigens auch nach Rücksprache mit den Kommunen - die vorhandenen Investitionsfelder in unserem Lande aufgelistet. Dabei hat sich herausgestellt, daß man vernünftige und notwendige

Investitionen zur Verbesserung unserer Infrastruktur in Höhe eines dreistelligen Milliardenbetrages mühelos aufzeigen könnte. (C)

Ich frage mich wirklich, was wohl spätere Generationen nach 30 oder 50 Jahren sagen würden, wenn sie unsere Situation heute zu beurteilen hätten und feststellen müßten, daß wir jahrelang über zwei Millionen Arbeitslose haben und gleichzeitig dringend Infrastrukturinvestitionen in Höhe von dreistelligen Milliardenbeträgen nicht durchführen. Die Antwort sind wir unseren Nachkommen schuldig.

(Doppmeier (CDU): Sie sind Ihren Nachkommen vor allen Dingen eine gute Strukturpolitik schuldig!)

Das alles sind Investitionen, die einem dringenden Bürgerinteresse entsprechen,

(Doppmeier (CDU): Vor 20 Jahren hätten Sie einmal so reden sollen!)

weil sie der Beseitigung von Abfall und Abwasser, weil sie der Verbesserung des Wohnumfeldes oder weil sie der Verbesserung der Versorgung der Bürger mit öffentlichen Leistungen dienen!

(Doppmeier (CDU): Wer regiert hier eigentlich seit 1966?)

Es ist der Kardinalfehler - da röhrt immer irgendjemand dazwischen, ich glaube aber, ich kann mich verständlich machen - der derzeitigen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, daß sie in ihrer Faszination von der Privatinitiative, von der Belebung der Privatinitiative völlig verdrängt, daß auch Infrastrukturinvestitionen, Herr Linssen, Investitionen sind, die Arbeitsplätze schaffen und unseren Arbeitsmarkt entlasten könnten. Das ist doch der Punkt. (D)

(Zustimmung bei der SPD - Abg. Dr. Linssen (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Denzer: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß Herr Abg. Dr. Farthmann gesagt hat, er lasse keine Zwischenfragen zu.

(Dr. Farthmann (SPD): Nein, das bezog sich doch auf gestern. Es ist mir ein Vergnügen, wenn Herr Linssen etwas beizusteuern hat.)

- Dann wollen wir das einmal gestatten. Herr Dr. Linssen, Sie haben das Wort. Bitte sehr!

Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Farthmann! Da wir uns einig sind, daß unter anderem

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Infrastrukturinvestitionen eben Arbeitsplätze schaffen - was halten Sie denn von der Tatsache, daß genau diese Landesregierung es seit 1982 vermocht hat, die Investitionsquote im Haushalt, die Arbeitsplätze schaffen könnte, von 22,4 Prozent auf 12,5 Prozent herunterzufahren? Das sind zehn Prozent gleich rund 6 Milliarden DM!

(Zustimmung bei der CDU)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Linssen! Sie nehmen wir vorweg, was ich gerade sagen wollte. Die öffentlichen Investitionshaushalte sind in der Tat in den letzten Jahren ständig rückläufig. Ich habe das hier schon mehrfach gesagt. Deswegen habe ich mir die Zahlen nicht noch einmal aufgeschrieben, aber Sie haben sie selbst für unser Land bestätigt. Ich will sie allerdings in eine allgemeine Darstellung einbetten.

Die gesamten Investitionsquoten aller Länder, ob rote oder schwarze, sind von über 23 Prozent auf ungefähr 16 Prozent zurückgegangen. Wir sind in diesem Punkt - darüber gibt es keinen Zweifel, das habe ich schon mehrfach gesagt, wir können es gern immer wieder wiederholen - überdurchschnittlich zurückgegangen, weil wir überdurchschnittliche Ausgaben hatten, die uns vom Bund verfassungswidrig vorenthalten worden sind.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Wenn Sie es immer wieder hören wollen, sollen Sie es hören: 660 Millionen DM haben wir vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagt, und das Bundesverfassungsgericht hat unserer Klage stattgegeben.

(Schauerte (CDU): Aber nicht mit 660 Millionen! - Dr. Linssen (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Mehr bedarf es ja wohl nicht. Jetzt kommt hinzu: Die Investitionsquote der Kommunen ist von 39 Prozent auf 25 Prozent zurückgegangen

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- damit Sie sich trösten und nicht unnötig aufregen, Frau Thoben, auch die der Kommunen in Bayern und Baden Württemberg. Sie sind alle darin enthalten. Jetzt kommt das schönste: Die Investitionsquote des Bundes ist mit 12,6 Prozent inzwischen die niedrigste seit 1949. Das ist die Wahrheit!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Demgemäß ist doch wohl schlechthin unbestreitbar, daß die Infrastrukturinvestitionen

im gesamten Bundesgebiet auf allen drei Ebenen der öffentlichen Hände, von den Kommunen angefangen über die Länder bis zum Bund, in allen Regionen in einer sträflichen Weise zurückgegangen sind, und das ist ausschließlich die Folge der Reduzierung der öffentlichen Einnahmen. Das tut nämlich keine Kommune gern und aus Überzeugung,

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Das wird doch jedes Jahr mehr, Herr Farthmann!)

sondern aus bitterer Not. Was meinen Sie wohl, meine Herren von der CDU, warum Ihr Parteifreund, der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, diese Kraftprobe mit Ihrer Partei und der von ihm getragenen und gewünschten Bundesregierung riskiert, wenn ihm nicht wegen der öffentlichen Haushalte das Wasser am Halse stünde?

(Zustimmung bei der SPD)

Wir gehen mit unserem Nachtragshaushalt heute einen kleinen Schritt in die richtige Richtung dieses Umdenkens. Auf der Ruhrgebietskonferenz sind uns allerdings weitere Schritte zur Prüfung zugesagt worden.

(Frau Robels (CDU): Weitere Verschuldung! - Dr. Linssen (CDU): Wo denn umdenken?)

Ich hoffe, daß diese Prüfung bald abgeschlossen wird. Denn das muß ich Ihnen auch sagen, auch auf die Gefahr hin, daß Sie mir wieder kleinkarierte Mäkeleien vorwerfen - das ist mir aber egal, denn es geht um die Interessen unserer Bürger -: Wenn das einzige greifbare Ergebnis der Ruhrgebietskonferenz bleiben sollte - was ich nicht hoffe -, daß der Bund dem Land Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren ausschließlich die heute beschlossenen Vorleistungen erstattet, denn gäbe es im Ruhrgebiet eine bittere Enttäuschung.

Im übrigen wird auch dieser Nachtragshaushalt ein Testfall für die Glaubwürdigkeit der Opposition hier im Landtag sein. Sie von der Opposition müssen sich schon dazu bequemen - ich habe das auch schon mehrfach angemahnt -, der Öffentlichkeit klarzumachen, ob wir im Land zuviel ausgeben und wenn ja, bitte schön, an welchen Stellen, oder ob wir mehr ausgeben sollen. Niemand hier im Hause kann und will verantworten, ohne Not die Verschuldung des Landeshaushalts zu erhöhen.

(Schauerte (CDU): Doch, Sie tun das! - Doppmeier (CDU): Sie tun das ohne Not. Wort und Tat klaffen auseinander!)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Aber eines geht nicht: morgens hier über die Verschuldung des Landes wettern und nachmittags neue Stellen im Landeshaushalt beantragen! Das geht nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, ob hier irgendeine Mark in unserem Landeshaushalt unnötig ausgegeben wird! Wenn das nicht der Fall ist, lassen Sie uns gemeinsam überlegen, woher wir die nötigen Finanzmittel bekommen, damit wir die Aufgaben unseres Landes in der schweren Zeit, in der unser Land sich befindet, erfüllen können.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD - Doppmeier (CDU): Das war sehr schön!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Als nächster Redner hat der Finanzminister das Wort. Bitte, Herr Minister!

Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die schwierigen ökonomischen und ökologischen Probleme in der Montanindustrie erfordern volles Engagement und keine halbherzigen Schritte. Das Programm "Zukunftsinitiative Montanregionen" ist deshalb darauf ausgerichtet, den notwendigen Strukturwandel und die Standortattraktivität in den Kohle- und Stahlgebieten unseres Landes zukunftsorientiert zu gestalten sowie zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen.

(B)

Da nutzt nicht allein Zuspruch, da sind auch Finanzmittel notwendig. Wenn ich die Diskussion betrachte, die in dieser Woche hinter uns liegt - die Einbringungsdebatte, die Debatten in den Facharbeitskreisen und den Fachausschüssen und die zweite Lesung -, hätte ich gedacht, es bestünde weitgehend Einmütigkeit, daß ein solcher Schritt notwendig ist und gegangen werden müßte. Es gab Differenzen in Einzelpositionen. Für mich reduzierte sich die eigentliche Auseinandersetzung darauf, wie denn dieses Programm, dieses notwendige Programm finanziert werden kann und finanziert werden muß.

(Schauerte (CDU): Genau das ist der Punkt!)

Herr Schauerte, ich habe gesagt - und ich bleibe heute dabei, trotz Ihrer vielen Anmerkungen dazu -, zur Erhöhung der Nettokreditermächtigung - Ermächtigung! -, Kollege Schauerte, gibt es keine Alternative.

(Schauerte (CDU): Doch, sie ist nicht nötig. Im übrigen ist sie nur ein Tropfen.)

- (C) - Gibt es keine Alternative! - Das Land, das weiß ich, geht mit dieser Maßnahme bis hart an die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit. Aber das ist nicht zu umgehen. Denn, Herr Schauerte: Wir sind für eine solide Finanzierung dieser "Zukunftsinitiative Montanregionen" und nicht dafür, eine solche Maßnahme ausschließlich auf Schätzungen aufzubauen. Ist es nicht sinnvoller, konkrete Grundlagen zu schaffen, statt auf Schätzungen aufzubauen, wie Sie das tun? Ausgaben, Kollege Schauerte, sind nicht mit geschätztem Geld zu bezahlen, sondern da muß konkret Geld eingegangen sein, um es ausgeben zu können.

Daß wir auf dem richtigen Weg sind, Herr Kollege Linssen, mit unserer Position, daß dies nur, wenn es eine solide Finanzierung sein soll, über die Erhöhung der Nettokreditermächtigung geht, das haben Sie uns an sich vorgemacht. Sie, Herr Dr. Linssen, haben vor der Montankonferenz gesagt, daß es wohl unausbleiblich sei.

(Widerspruch des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Gut, wenn Sie die "Frankfurter Rundschau" nun korrigieren mögen, ist das Ihre Sache. Aber darf ich Sie dann vielleicht an den 25. Februar 1988 und daran erinnern, was da in der gemeinsamen Pressekonferenz der Herren Worms und Rohde herausgekommen ist? Ich gehe davon aus, daß das "Handelsblatt" dort korrekt berichtet;

(D)

(Zustimmung des Abg. Schauerte (CDU))

ich habe kein Dementi gehört. Dort ist festgehalten worden, zweifellos werde die Landesregierung vorerst im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung und der Vorlage eines Nachtragshaushalts nicht um eine beträchtliche Neuverschuldung herumkommen.

(Dr. Linssen (CDU): Nein, nein, Sir!
- Schauerte (CDU): Das hat aber nicht Herr Dr. Worms gesagt.)

- Feststellung der Herren Worms und Rohde! - Da geht es weiter: "Doch seien die Oppositionsparteien bereit" - hören Sie gut zu -, "für den Strukturwandel in allen Regionen des Landes ein gewisses Maß an Neuverschuldung in Kauf zu nehmen." Soweit die Aussage unmittelbar nach der Montankonferenz. Sie können es gern bestreiten.

(A) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Minister Schleißer: Gern!)

- Bitte schön!

Dr. Linssen (CDU): Herr Finanzminister, können Sie dem Hohen Hause bestätigen, daß es von mir eine solche Aussage nicht gibt, daß ich immer Wert darauf gelegt habe, zunächst die Zahlen, vor allen Dingen der Steuereinnahmen, zur Kenntnis zu nehmen und dann zu sagen, wie man finanziert, und daß erfreulicherweise die CDU-Fraktion diese Haltung immer eingenommen und Gott sei Dank mit dieser abwartenden Haltung recht gehabt hat, weil die Steuereinnahmen eben so explosionsartig gestiegen sind?

Schleißer, Finanzminister: Ich komme gleich noch zu den Steuereinnahmen und dazu, wie sie zu bewerten sind. Zunächst einmal gehe ich davon aus - ich habe es ja nicht anders gesagt -, daß Ihre Aussage gegenüber der "Frankfurter Rundschau" eine sehr vage war, nur eine erste Form von Andeutung, bereit zu sein, Neuverschuldung hinzunehmen. Deutlicher sind die Herren Rohde und Worms geworden. Das bestreite ich nicht; Sie waren da vorsichtiger, um sich alle Türen offenzuhalten je nach Entwicklung, wie das so häufig der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Nur, diese begrenzte Zustimmung zur Nettokreditermächtigung, die Sie am 25. Februar angekündigt haben, hielt nicht lange. Es gab den neuen Vorschlag, Herr Schauerte, der die Mobilisierung des Landeswohnungsbauvermögens betraf, den Verkauf von Beteiligungen betraf, insbesondere der WestLB, die einen fünfprozentigen Stellenabbau in den Ministerien bedeuten würden.

(Schauerte (CDU): Darauf kommen wir zurück!)

Ich habe in der ersten Lesung vorgerechnet, was ein solcher Finanzierungsvorschlag ausmache. Wenn Sie sich nicht fast völlig von der Beteiligung der WestLB hätten trennen wollen, was unsinnig ist - ich gehe davon aus, daß wollen nicht einmal Sie -, dann sind die übrigen Finanzierungsmaßnahmen überhaupt nicht in der Lage, auch nur 10 % des Volumens abzudecken. Das ist die Grundlage und die Ausgangslage. Sie können jetzt nicht mit anderen Methoden arbeiten.

Dieser Finanzierungsvorschlag, Kollege Schauerte, hielt ein bißchen länger, etwa

sechs Wochen; es war die Osterpause dabei. Nur, dann kamen Sie mit einem neuen Vorschlag. Der neue Vorschlag heißt: Steuereinnahmen um rund 200 Millionen DM nach oben schätzen, und Sie wollten die globale Minderausgabe um 203 Millionen DM - sächliche und personelle Minderausgabe - erhöhen. Ich will nur wiederholen, was ich Ihnen schon gesagt habe: Steuereinnahmen sind diejenigen, die am 31.12. eingegangen sind, und mit denen wird bezahlt und nicht mit Steuerschätzungen.

Sie haben die Art und Weise, wie dieser Steueransatz gefunden worden ist, kritisiert. Ich betone: Er ist, wie in der Vergangenheit, nicht politisch manipuliert; er ist von Fachleuten erarbeitet worden; er ist mit Methoden erarbeitet worden, die sich in jahrzehntelanger Praxis bewährt haben.

Sie haben behauptet, Sie hätten nicht die entsprechenden Grundlagen erhalten, um nachrechnen zu können. Sie haben - und insofern stimmt das auch nicht - das Zahlentableau erhalten, welches der Finanzplanungsrat benötigt, um seine Grundlagen zu finden. Ihnen sind Unterlagen darüber zugegangen, daß im Durchschnitt der Länder eine Steigerungsrate von 2,7 % eingerechnet war. Aufgrund der notwendigen Abschläge - die Sie auf der anderen Seite beklagen, immer wieder beklagen - haben wir eine Steuerentwicklung, eine Steuermehreinnahme von 2,5 % vorausgesetzt.

Es sind weitgehend Scheingefechte, die hier geführt werden; denn diese 400 Millionen DM - und das wissen zumindest die Haushaltspolitiker, auch der Oppositionsparteien - sind keine Nettokreditausgabe, sie sind Nettokreditermächtigung. Da liegt der entscheidende Unterschied. Sie wissen das, aber Sie ignorieren es. Ich weiß, daß ich Ihnen diesen Unterschied an und für sich nicht zu erklären bräuchte, nur muß ich es für die Öffentlichkeit sagen: Jede höhere Steuereinnahme, die sich im Verlaufe des Jahre 1988 einstellt, wird die Nettokreditaufnahme ermäßigen, und zwar nicht, weil der Finanzminister das so gut findet, sondern weil gesetzliche und rechtliche Auflagen ihn dazu zwingen. Ich wiederhole: Das ist ein Scheingefecht! Sie wollen mit Schätzzahlen Deckungsvorschläge machen, nur hilft das nicht weiter.

Was denn verbleibt von Ihrem dritten neuen Vorschlag, das sind die sogenannten globalen Minderausgaben in einer Größenordnung von ebenfalls rund 200 Millionen DM. Herr Kollege Schauerte, Sie haben vorgetragen - und mir gleichzeitig ein solches Handeln vorgeworfen -, Sie wollten keine besonderen Bewirt-

(C)

(D)

(Minister Schleußer)

- (A) schaftungsmaßnahmen. Wollen Sie denn eigentlich nicht sparen? Haben Sie eigentlich vergessen, was im ersten Vierteljahr 1987 los war? Die Landesregierung hatte zu diesem Zeitpunkt eine globale Minderausgabe in einer Größe eingestellt, die zwangsläufig Bewirtschaftungsmaßnahmen notwendig machte. Damals haben Sie ausgeführt, das sei ein Werk des Teufels. Ich erinnere - Sie können es selbst nachlesen - an die Plenarsitzung vom 5. Februar, in der Sie gesagt haben:

Unmittelbar nachdem das Parlament Ansätze beschlossen hat, geht die Landesregierung her und kürzt Ansätze gegen das Parlament.

Das hat eine Sondersitzung bedeutet. Ich will Ihnen nicht alle Formulierungen, die Sie damals gebraucht haben, vorlesen, nur heute und nur deswegen, weil es Ihnen in den Kram paßt, kommen Sie mit dem gleichen Finanzierungsvorschlag. Das ist unehrlich! Das wird nicht dem gerecht, was Sie selbst sonst fordern!

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Dr. Linssen, wenn ich mir heute wieder angehört habe, was Sie alles zusammengepackt haben, finde ich das beeindruckend. Es wird von "später Rache", vom "Dämon Verschuldung", von "vernebeln", von "unseriös" geredet. Alles schöne Floskeln, die man immer wieder hört, die aber deswegen die Beschreibung der Tatsachen nicht richtiger machen!

(B) Als Warnung an mich geben Sie aus, ich dürfte nicht den Weg gehen zu sagen, das Land habe keinen Einfluß auf die Einnahmeseite; vielmehr müsse sich Haushaltskonsolidierung des Landes an Rückführung orientieren, an Begrenzung der Ausgaben. Das gilt nicht allein für das Land Nordrhein-Westfalen; es gilt für alle Länder, daß auf die Einnahmeseite der Haushalte keinerlei Einflußmöglichkeiten bestehen. Im Gegensatz zu den Möglichkeiten des Bundes! Ich habe heute morgen mit großem Interesse vernommen, daß sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt haben, eine Reihe von Verbrauchssteuern anzuheben - auch, ohne daß das bis jetzt präzisiert worden wäre, ein wenig mehr als die EG-Ausgaben ausmachen. Nur wenn ich diese Verbrauchssteuern genauer betrachte, handelt es sich ausschließlich um Steuern, die dem Bund zugute kommen. Es fällt keine Mark für die Länder, es fällt keine Mark für die Gemeinden ab!

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Das heißt: Stoltenberg braucht kräftige Steuererhöhungen, um seine grandiose Neu-

verschuldung zumindest zu kaschieren. Das ist der Punkt! (C)

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Herr Schleußer, Sie wissen doch, daß das unrichtig ist!)

- Herr Dr. Pohl, wollen Sie denn bestreiten, daß Herr Stoltenberg innerhalb eines Jahres seine Nettokreditaufnahme um rund 45,7 % nach oben gedrückt hat? Ist das falsch? Wissen Sie, daß das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Nachtragshaushalt seine Nettokredit-ermächtigung gerade um 6,7 % anhebt? Können Sie mir vielleicht sagen, ob es ein neues christliches Sprichwort ist, daß man den Splitter im Auge des anderen sehr wohl, aber den Balken im eigenen nicht erkennt? Ist das die neue christliche Position?

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Minister Schleußer: Ja!)

Dr. Linssen (CDU): Herr Finanzminister, da wir gerade über Einflußmöglichkeiten des Landes auf die Einnahmeseite sprechen: Sind Sie mit mir der Meinung, daß die Steuereinnahmen, die Einnahmeseite also, stark von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes selber abhängig sind und daß die Landesregierung auch dazu gewählt worden ist, auf diese wirtschaftliche Entwicklung Einfluß zu nehmen? (D)

Schleußer, Finanzminister: Herr Dr. Linssen, da gebe ich Ihnen recht. Ich habe eben ausgeführt - ich hoffe, Sie haben zugehört -, daß unsere Steuerschätzungen 2,5 % Steigerung ausmachen und daß im Länderdurchschnitt 2,7 % entsprechend dem Finanzplanungsrat vorgesehen sind. Darin ist ein Abschlag enthalten - das bestreite ich gar nicht -, weil wir Bereiche haben - die Stahlindustrie, den Bergbau -, die eben nicht in dem Maße zur Steuerentwicklung, zu Steuereinnahmen beitragen. Das sind Zahlen, die Ihnen doch bekannt sind.

Nur, wo das nicht mehr so logisch wirkt, wo Ihnen die Logik abhanden gekommen ist, Herr Kollege Dr. Linssen, ist dort, wo Sie anfangen zu vergleichen, was es denn an Steuereinnahmen in den ersten fünf Monaten des Jahres 1988 gibt. Ich korrigiere das mit den 1,7 Milliarden DM noch, weil es notwendig ist, das zu korrigieren. Aber nun haben wir

(Minister Schleußer)

- (A) in den ersten fünf Monaten Steuermehreinnahmen von 4,3 %, korrigiert.

(Schauerte (CDU): Das ist doch nicht richtig!)

- Ich erzähle Ihnen das gleich noch einmal, bis es wirklich angekommen ist. Sie sagen, Herr Dr. Linssen, natürlich sei die Einnahmenseite auch durch wirtschaftliche Entwicklung vom Land her mit zu beeinflussen. Warum schreiben Sie denn jetzt dem Land nicht gut, was an höheren Steuereinnahmen da ist?

(Beifall bei der SPD)

Das ist nämlich haargenau das Spiel: Was an Verschlechterung kommt, das hat das Land zu verantworten, was an Verbesserungen kommt, das kommt alles als Segen aus Bonn. - Eine unehrliche Methode!

(Beifall bei der SPD)

Nun wird trotz besseren Wissens immer wieder gesagt: Zum Vergleichszeitraum 1987 hat das Land 1,7 Milliarden DM mehr ausgewiesen. Diese Summe kann man nicht bestreiten. Man muß aber erklären, worauf sie zurückzuführen ist. Da hat es eine sogenannte Sonderentwicklung gegeben, von der wir alle wissen, daß sie einmal überschrieben wird.

(Dr. Farthmann (SPD): Das wissen die aber nicht!)

(B)

Wissen Sie, da hat das Land Nordrhein-Westfalen im Mai des vergangenen Jahres an Hessen 946 Millionen DM gezahlt. Das hat damals Mindereinnahmen ausgemacht, die eine prozentuale Entwicklung von fast 30 % im Vergleichszeitraum ausmachten. Damals hat die Opposition gesagt: Ist das nicht ein Fiasko, das sich da anbietet?

Diese Rückzahlung der 946 Millionen DM an Hessen hat es mit sich gebracht, daß der Haushalt 1987 mit einem Minusbetrag bei den Steuereinnahmen von fast 800 Millionen DM abschloß. Da hat die Opposition festgestellt, das sei ein unverantwortbarer Abschluß. So werden jeweils Argumente Monate später ausgetauscht. Das halte ich wirklich nicht für fair.

(Beifall bei der SPD)

Gehen Sie von den korrekten Steuereinnahmen aus! Lassen Sie unberücksichtigt, was es da an Sonderentwicklungen gegeben hat! Jeder Mensch weiß, daß das notwendig ist.

Ich will mich noch einmal mit dem Generalsekretär beschäftigen, der uns ständig die Empfehlung gibt, nicht an Bonn heruzumäkeln, ernst zu nehmen, was da an Zusagen ist. Ich bin gerne bereit zu wiederholen, daß ich die Grundsätze, die in der Montankonferenz am 24. Februar gefunden wurden, nachhaltig begrüße.

(C)

Ich weiß noch nicht, ob man diesen Satz immer an den Beginn einer Erklärung stellen muß, um überhaupt berechtigt zu sein, zu sagen: Was da von Bonn finanziell überkommt, das ist zu wenig, das ist dürftig. Herr Kollege Linssen, daran kommen auch Sie nicht vorbei.

Nun sagten Sie, wir sollten nicht so pingelig sein mit den Zinsleistungen, Herr Dr. Linssen, die das ausmacht, wenn die 80 Millionen DM denn 1989 nicht kommen, sondern erst in den Folgejahren. Sehen Sie, ich gehe ein bißchen pingeliger mit Geld um.

Wenn Sie nicht zusagen können, daß 1989 nicht nur die Summe des Jahres 1988 kommt und die Summe des Jahres 1989 kommt,

(Dr. Linssen (CDU): Sie werden kommen!)

das heißt, wenn in die Kasse des Landes 1989 nicht 160 Millionen fließen, sondern nur eine Rate von 80 Millionen DM fließt - nur für den ersten Fall kommen Sie mit 3 Millionen DM Zinsen in etwa hin. Dann wäre ich bereit, die mit Ihnen gemeinsam zu vernachlässigen.

(D)

(Schauerte (CDU): Warten wir es doch einmal ab!)

Wir warten so lange ab, bis wir entsprechende Bescheide haben. Nur zögert sich das so hin, wie es sich nach der Mittelfristigen Finanzplanung des Bundeshaushalts darstellt. Denn wenn die Ratenzahlungen 1989 verspätet beginnen und sich fünf Jahre hinauszögern, dann reden wir nicht mehr über eine Kleinigkeit von 3 Millionen, dann sind wir nahe der Größenordnung von 18 bis 20 Millionen DM Zinsverlust gekommen. Herr Dr. Linssen, wenn wir feststellen, daß im nächsten Jahr in die Landeskasse 160 Millionen DM Beteiligung Bonns laufen, stimmt das mit Ihren 3 Millionen. Sonst werden wir uns erneut über 20 Millionen unterhalten müssen.

Herr Kollege Dorn, Sie sagen, das sei eine überflüssige Textvorlage. Sie reden von Rechtsgründen, die da nicht notwendig sind. Ich sage Ihnen: Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß ein alter Hase wie Sie so etwas sagen kann.

(Minister Schleußer)

- (A) Sie wissen, das, was im Nachtragshaushalt steht, wäre ohne diesen Nachtragshaushalt ohne Rechtsgrundlage in der Verausgabung und muß daher so eingestellt werden. Ich weißt, Herr Kollege Dorn, daß Ihnen das auch bekannt ist. Nur, Sie müssen die Vorlagen der Landesregierung kritisieren, und weil es da manchmal an Argumenten fehlt, ist ein zusätzlicher Gag wohl notwendig.

Dann erlebe ich auch immer wieder die Restediskussionen, stundenlange Restediskussionen. Nur, die Opposition weiß, weil das in vielen Ausschußsitzungen bekanntgegeben worden ist, daß der Großteil der Reste nicht Landesmittel sind, sondern den Gemeindefinanzierungsgesetzen zuzuordnen ist, also kommunale Mittel sind.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

Das heißt, wenn Sie die verkürzen wollen, müssen Sie die zu Lasten der Gemeinden verkürzen. Wenn Sie das wollen, sollten Sie das sagen und nicht hier der Landesregierung Vorwürfe über die Restwirtschaft machen.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

Und dann ist da der Eschweiler Bergwerksverein. Sie nennen die Bundeszahlen. Es ist ja gut, es war eine gemeinsame Position aller drei Fraktionen. Aber Sie wissen auch, daß die Landeszahlen genauso hoch sind.

- (B) Sie nennen die Ruhrkohle und die Leistungen an die Ruhrkohle. Sie wissen, daß das Land Nordrhein-Westfalen 1,3 Milliarden DM allein 1989 für die Koksbeihilfe zahlen muß und sie nicht zurückerhalten kann, wie das jetzt schon wieder der Bundesfinanzminister über die Erhöhung der Besteuerung des leichten Heizöls tut. Da sind die Unterschiede!

Meine Damen und Herren! Mit diesem Nachtragshaushalt werden 2 Milliarden DM auf den Weg gebracht - 2 Milliarden DM, die nicht anderen Regionen weggenommen werden, sondern die zusätzlich für das Ruhrgebiet erbracht werden, Mittel, von denen ich finde, daß sie gut angelegt sind und daß wir auf diese Weise ein bißchen Wiedergutmachung an denen betreiben, die mit dafür gesorgt haben, daß aus der Bundesrepublik und aus dem Land Nordrhein-Westfalen das geworden ist, was sie heute sind. Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Farthmann, es war eine Erklärung bzw. eine Entschuldigung durch den Kollegen Schreiber verabredet. Der erste Teil seiner Einlassung war eine neue Belastung, die die Unverschämtheiten fortsetzte. Deswegen waren wir betroffen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Farthmann, die CDU hat bereits am 29. März den Nachtrag gefordert. Wir haben diesbezüglich überhaupt kein Problem. Wir wollten die schnelle Umsetzung, und wir tun alles, damit sie gelingt. Wir lassen uns von niemandem und nicht mit noch so vielen und raffiniert gesetzten Worten hier in eine andere Situation bringen!

(Beifall bei der CDU)

Wir sagen uneingeschränkt ja zum Ruhrgebietsprogramm und zu seiner raschen Umsetzung!

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Da gibt es ja leichte Unterschiede, Herr Schleußer. Die will ich gar nicht leugnen. Ich rede hier jedenfalls für die CDU und wiederhole: Wir sagen uneingeschränkt ja!

(Beifall bei der CDU)

Herr Farthmann, Sie sagen dann, Sie finanzierten lieber Arbeit als Arbeitslose. Der Satz ist richtig; nur muß man dann auch so handeln!

(Dr. Linssen (CDU): Ja! - Beifall bei der CDU)

Dann darf man die Investitionen nicht von 22,5 % auf magere 12 % in diesem Jahr herunterfahren.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Wir wollen diesen Satz auch realisieren, Herr Farthmann; aber wir wollen - bezogen auf diesen Nachtragshaushalt -, daß er mit barem Geld wahrgemacht wird, das in der Kasse dieses Landes bereits eingegangen ist,

(Zustimmung bei der CDU)

und nicht unbedingt mit neuen Schulden. Das darf nur der allerletzte Schritt sein. Zu einem solchen Schritt würden wir auch ja sagen - aber, bitte schön, nur dann, wenn es nötig ist.

Noch einmal zurück zu den Investitionen von Bund und Land, die Sie angesprochen haben!

(Schauerte (CDU))

- (A) Herr Farthmann: daß alle öffentlichen Hände mit ihren Investitionen zurückgegangen sind, steht fest; das haben wir nie bestritten. Wir greifen nur die doppelte Moral an, die Sie an diesem Punkt entwickeln.

Die SPD sagt: Öffentliche Investitionen sind das A und O zur Belebung der Konjunktur und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Sie setzen ausschließlich auf öffentliche Investitionen, während die CDU sagt: Die privaten Investitionen sind der wichtigere Teil in diesem Feld.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn die Partei, die ausschließlich auf öffentliche Investitionen setzt, den Bund bei notwendigen Korrekturen angreift und ihn beim Abbau der Investitionsquote weit überholt, dann ist das unredlich. Das prangern wir an!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie, Herr Farthmann, haben erklärt, mit diesem Nachtragshaushalt würden Sie nun umdenken und einen richtigen, wichtigen Schritt nach vorn tun. Herr Professor Farthmann! Wo denken Sie denn um, wenn Sie auf die langwährende Geschichte Ihrer ständigen Erhöhungen der Neuverschuldung jetzt weitere 400 Millionen DM neue Schulden darauflegen? Wenn Sie das "Umdenken" nennen, dann nenne ich es intellektuell unredlich, diesen Eindruck hier zu erwecken!

(B)

(Beifall bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Etikettenschwindel ist das!)

Ich komme zu Ihnen, Herr Schleißer. Wir reden heute nicht über Schätzungen, es sei denn, über die gleichen Schätzungen und ihre Risiken, die Sie bei Ihren Steuereinnahmen von 46 Milliarden DM insgesamt auch zu erwarten haben. Wir reden hier über bares Geld, das bis einschließlich Monat Mai entgegen Ihren - öffentlich zugegebenen - Erwartungen bereits in der Kasse des Landes eingegangen ist.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Steuereinnahmen sind immer geschätzt. Wissen Sie: Ich bin der festen Überzeugung, Herr Schleißer, daß wir bei dieser Steuereinnahmesituation viel seriöser sind als Sie seinerzeit bei den 333 Millionen Mark Einnahmen des Bundes, die Sie in den Haushalt

eingestellt haben, obwohl Sie bereits wußten, daß sie nicht kamen. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Das waren Ihre Fehler!

Sie, Herr Schleißer - das versteht kein vernünftiger Mann, keine vernünftige Frau im Lande, und danach fragen die Journalisten auch neugierig, und deshalb hat Herr Farthmann das ja zur zentralen Aussage seines Vortrages gemacht -, gehen aus durchsichtigen politischen Gründen stur den Weg der Neuverschuldung weiter,

(Dr. Linssen (CDU): Ja!)

obwohl wir Ihnen rechtzeitig mit Ihren eigenen Zahlen nachgewiesen haben, daß dies nicht notwendig ist.

(Minister Schleißer: Da haben Sie nicht zugehört! - Dr. Linssen (CDU): Arroganz der Macht!)

Das ist die Borniertheit, mit der Sie hier Ihren Weg fortsetzen.

Seit Mai 1988 wissen wir sicher, daß wir bereits heute 600 Millionen DM Steuereinnahmen mehr in der Kasse haben, als wir für das ganze Jahr an Steuereinnahmen erwarten. Das ist die Situation.

(Dr. Linssen (CDU): Bravo! - Weitere Zurufe von der CDU) (D)

Davon gehen wir aus, und das ist ein sehr seriöser Vorschlag.

Weiter beklagen Sie die Vorfinanzierung für Bonn. Herr Dr. Linssen ist ja richtigerweise auf die Dimension dieses Problems eingegangen. Herr Schleißer, wir werden sehen, wieviel Sie von den 80 Millionen DM am Ende des Jahres überhaupt ausgegeben haben. Dann rechnen wir neu.

(Dr. Linssen (CDU): Ja.)

Dann wird nämlich Herr Dr. Linssen von uns wegen seiner Schätzung gerügt werden müssen, weil sie zu hoch war. Passen Sie einmal auf, da werden wir unter 3 Millionen DM liegen.

Dazu wollte ich aber eigentlich gar nichts sagen. Sie sagen, daß unsere Vorfinanzierung eine unzumutbare Situation für das Land darstellt. Herr Schleißer, das ist wieder der Punkt der Glaubwürdigkeit. Die Gemeinden unseres Landes, Herr Innenminister Schnoor,

(Schauerte (CDU))

- (A) erleben tagtäglich - aufs Jahr bezogen tausendfach -, daß das Land ihnen zumutet, ohne Wenn und Aber bei einer Vielzahl von Maßgaben vorzufinanzieren.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

In diesem Fall ist das in Ordnung, aber im anderen Fall, wenn es Ihnen politisch nicht paßt, greifen Sie es unsachlich an. Herr Finanzminister Schleußer, das ist auch spürbar, wenn Sie hier so nervös um den Punkt der Steuermehreinnahmen und der Neuverschuldung diskutieren. Wenn Sie das in der dritten Lesung zum einzigen Punkt machen, meine ich, daß Sie mittlerweile selbst eingesehen haben, daß es besser gewesen wäre, wenn dieser Weg unterwegs verlassen worden wäre und wenn Sie sich den sachlichen, begründeten und rechtzeitig eingebrachten Vorschlägen der Opposition zur seriösen Finanzierung dieses Haushalts angeschlossen hätten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie zeigen unter der Erkenntnis, daß auch die Öffentlichkeit bereit ist, unsere Argumentation ohne Wenn und Aber zu akzeptieren, Wirkung; aber Sie haben nicht die Kraft, den Fehler einzugestehen und nun den seriösen Weg der anderen Finanzierung einzuschlagen.

(Beifall bei CDU und F.P.D. - Henning (SPD): Sie zeichnen ein Zerrbild der Wirklichkeit!)

(B)

- Das mit den Zahlen ist bei Ihnen besonders schwierig; darüber sind wir uns klar.

Ich sage noch einmal ohne jede Einschränkung: Die CDU - ich denke, das gilt in gleicher Weise für die F.D.P. - sagt ohne jede Einschränkung ja zu allen Maßnahmen, die jetzt in Angriff genommen werden können und müssen, soweit sie dem Ergebnis der Ruhrgebietskonferenz des Bundeskanzlers entsprechen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir werden es nicht zulassen, daß hier im Lande eine falsche Legende gebildet wird. Wer versuchen sollte, uns hier in eine Ecke zu stellen, den werden der Lüge überführen. Wir werden das nicht akzeptieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich sehe gerade Walter Neuhaus und die Fingerrichtung, die er mir gibt. Das gilt auch

besonders für den Experten auf diesem Feld, für Herrn Minister Matthiesen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Er ist wirklich Experte im Umkehren von Sachverhalten und im Schwarzer-Peter-Spiel, unsachlich und unsachgemäß.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Wofür sind Sie denn Experte?)

- Ich bin dafür Experte, Ihnen die Wahrheit zu sagen. - Wir bleiben uneingeschränkt bei dieser Linie.

(Dr. Dammeyer (SPD): Das glauben wir Ihnen, daß Sie bei Ihrer Linie bleiben! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir ringen, hoffentlich gemeinsam, um die Frage: Können wir neue Schulden für dieses Land vermeiden? Denn neue Schulden, die wir heute aufnehmen, müssen in der Zukunft mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In diesem Bemühen, neue Belastungen für das Land zu vermeiden, lassen wir uns gerne überbieten. Wir müssen allerdings feststellen, daß kein Erfolg zu verzeichnen ist und daß insbesondere der Minister nicht folgt, der dafür zuständig wäre: der Finanzminister.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(D)

Herr Schleußer, Sie haben mit diesem Nachtragshaushalt eine Chance vertan. Sie haben die Hilfe der Opposition ausgeschlagen. Sie setzen auf Neuverschuldung statt auf rechtzeitige akkurate Umsetzung der tatsächlich eingegangenen Beträge in der Kasse des Landes. Wir bedauern diesen Weg. Das Land muß ihn leider bezahlen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kollegen von der SPD, daß Sie immer murren, wenn Ihnen die Wahrheit nicht paßt, ist uns schon seit mehreren Monaten geläufig.

Verehrter Herr Finanzminister, nachdem Sie die Äußerung des Kollegen Worms und meine Äußerung angesprochen haben, möchte ich noch einmal folgendes feststellen: Wir haben

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) gesagt, wir sagen ja zur Finanzierung der Ergebnisse, die auf der Montankonferenz mit Bundeskanzler Kohl verabredet worden sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Worms und ich haben auch gesagt, wir hätten einer Neuverschuldung das Wort geredet. Ich verstehe aber nicht, warum Sie jetzt den Weg der Neuverschuldung wählen, obwohl Sie doch die Daten kennen, die es Ihnen ermöglichen, den Nachtragshaushalt ohne neue Schulden zu finanzieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es geht jetzt nicht um Schätzungen, sondern es geht um Tatsachenfeststellungen: erstens Steuer Mehreinnahmen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in Höhe von 1,657 Milliarden DM, zweitens Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,5 Milliarden DM, über deren Bewilligung im Jahre 1987 keine positive Entscheidung gefällt worden ist - die also frei sind -, und drittens Haushaltsreste der letzten zwei Jahre in Höhe von 3,3 Milliarden DM. Ich frage Sie: Warum wollen Sie, wenn Sie den Nachtragshaushalt anders finanzieren wollen, unbedingt der Montankonferenz die Schulden anhängen? Das alles können Sie doch frei finanzieren!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) Verehrter Herr Finanzminister, wenn man sich das ansieht und wenn man unterstellt, daß Sie nicht nur aus Daffke in die Neuverschuldung hereingehen, haben wir den festen Eindruck, daß hier versucht wird, künstlich Polster und künstlich Sicherheitsreserven zu schaffen, und zwar am Haushaltsbewilligungsrecht des Parlaments und an der Verpflichtung des Parlaments vorbei, für den Bürger klare Verhältnisse zu schaffen. Diese Respektlosigkeit vor dem Haushaltsgesetzgeber verbitten wir uns!

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Herrn Finanzminister.

Schleußer, Finanzminister: Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Rohde, ich will es kurz machen, weil man es kurz machen kann. Ich bewundere die prophetischen Gaben, über die sowohl Sie als auch Herr Schauerte verfügen.

(Schauerte (CDU): Wir können rechnen!
- Dr. Linssen (CDU): Wir gucken in die Kasse!)

Denn Sie meinen heute schon die Steuereinnahmen im Juli, im August und im September

zu kennen: Es soll immer Steigerungsraten geben. Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, daß ab September - das wissen Sie auch; schauen Sie sich die Steuereinnahmen an; Sie haben ja die Unterlagen - kräftige Einbrüche zu verzeichnen waren, so daß die gesamten Zugewinne der ersten Monate verbraucht wurden. Sie meinen zu wissen, daß das nicht kommen wird. Ich weiß das nicht. Meine prophetischen Möglichkeiten sind nicht so ausgeprägt. (C)

Herr Kollege Dr. Rohde, wenn Sie sagen, das sei eine sogenannte Schattenfinanzierung am Parlament vorbei, dann halte ich das für eine schlimme Behauptung, weil es eine unwahre Behauptung ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe eben schon zu erklären versucht, daß die im Streit befindlichen 400 Millionen DM keine Schuldenaufnahme bedeuten, sondern daß der Landtag die Landesregierung ermächtigt, gegebenenfalls in einer solchen Höhe Schulden aufzunehmen.

Ich hatte Ihnen weiter gesagt - und da liegt die eigentliche, wider besseren Wissens gemachte Aussage des Kollegen Dr. Rohde -, daß keine Mark zusätzlich ausgegeben werden kann, keine Mark schattenfinanziert werden kann, sondern daß jede Mark an Steuereinnahmen, wenn sie denn recht haben sollten, der Ermäßigung der Schuldenaufnahme dient. Das sind die Positionen. - Sie lachen, Herr Kollege Schauerte. (D)

(Schauerte (CDU): Ich habe Herrn Kollegen Posser zugelächelt!)

Sie wissen, daß das rechtlich so festgelegt ist. Bemühen Sie sich mit darum, daß es zu korrekten Aussagen kommt!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Trinius für die Fraktion der SPD das Wort.

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier war von doppelter Moral, von einfacher Moral die Rede. Ich weiß nicht, was besser ist:

(Westermann (SPD): Manche haben überhaupt keine!)

doppelte Moral oder gar keine. Das soll nicht der Streitpunkt sein. Aber wer so schreit und viel Lärm um nichts veranstaltet, der hat

(Trinius (SPD))

- (A) ein schlechtes Gewissen. Nur deswegen tut er es. Der will ablenken.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Habt ihr nichts Besseres? - Schauerte (CDU): Alles heiße Luft!)

Herr Kollege Schauerte, Sie haben auch guten Grund, ein schlechtes Gewissen zu haben; das ist gar keine Frage der Moral. Denn noch im Frühjahr dieses Jahres haben Sie gesagt: Der Bund wird sich noch 1988 mit Barmitteln am Zukunftsprogramm beteiligen.

(Dr. Linssen (CDU): Jetzt kommt diese Leier wieder!)

Diese Barmittel bleiben aus.

Sie haben weitere Gründe für ein schlechtes Gewissen. Es gibt einen Gleichbehandlungsbeschluß des Planungsrats, dem alle Länder zugestimmt haben: Nordrhein-Westfalen, das Saarland und die Oberpfalz sollen genauso behandelt werden die Werften- und die Küstenregionen.

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

Und Gleichbehandlung bedeutet: Der Bund beteiligt sich mit zwei Dritteln und das Land mit einem Drittel. Dieser Gleichbehandlungsbeschluß ist im November 1986 gefaßt worden. Am 25. März 1987 beschließt der Landtag auf Antrag aller drei Fraktion einvernehmlich, dieser Gleichbehandlungsbeschluß solle unverzüglich umgesetzt werden. Das ist bisher ausgeblieben. Im Vertrauen darauf, daß alle Fraktionen dieses Landtags gegenüber der Bundesregierung das, was sie hier beschlossen haben, auch vertreten, hat die Landesregierung im Haushalt 1988

(B)

(Hardt (CDU): Aufgebläht!)

333 Millionen DM vom Bund eingesetzt. Das war ein reeller Ansatz, das war eine reelle Annahme. Die Landesregierung hat auf die Kraft der CDU und der F.D.P. vertraut, sich auch in Bonn, wo sie regieren, durchzusetzen. Und das haben sie nicht geschafft!

(Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Fragen Sie doch einmal den Ministerpräsidenten! Der bestätigt das doch alles!)

Deswegen kann ich nur sagen: Sie haben nicht nur ein schlechtes Gewissen, Sie müssen sogar ein schlechtes Gewissen haben.

(C)

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Auf dem Geburtstag die Unwahrheit sagen, das ist eine Todsünde!)

- Ich verstehe gut, Herr Kollege Pohl, daß Sie davon ablenken wollen. Nur diesem Ziel dient diese Debatte.

Wir müssen davon ausgehen, daß 333 Millionen DM vom Bund in diesem Haushaltsjahr nicht kommen. Es gibt weitere Einnahmeminde-rungen bei Mitteln, die vom Bund hätten kommen sollen oder die wir erwartet haben. Zählen Sie das zusammen, haben Sie schon diese 400 Millionen DM, über die wir reden.

Was beschließen wir denn mit diesem Nachtragshaushalt? - Wir beschließen: Die Landesregierung wird ermächtigt, für dieses Programm, mit dem die Montanregionen eine bessere Zukunft erhalten sollen, erforderlichenfalls 400 Millionen DM mehr an Krediten aufzunehmen als bisher vorgesehen. Das ist alles!

Nun bedenken Sie folgendes: Wenn Ihre Steuerentwicklungsprognose nicht eintrifft - es ist eine Schätzung, eine Hoffnung, eine Erwartung von Ihnen -, dann fehlt Ihnen der Ermächtigungsrahmen für die notwendigen Kredite, die Sie dann aufnehmen müssen.

(D)

(Zuruf des Abg. Hardt (CDU))

Uns kommt es darauf an, daß das Zukunftsprogramm Montanregionen so schnell wie möglich vom Stapel läuft, und dafür brauchen wir diesen Nachtrag einschließlich der Kreditaufnahmeermächtigung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Trinius, Sie können noch soviel reden! Wir sind wirklich gebrannte Kinder. Ich erinnere an die Jahre 1975 bis 1980, in denen 12 Milliarden DM Kreditermächtigungen nicht Anspruch genommen worden sind. Kaum hatten Sie die Alleinregierung ab 1980, sind in zwei Jahren 12 Milliarden DM Kreditermächtigungen verpulvert worden.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Hardt (CDU): Die Schuldenmeier!)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Das ist das, was wir nicht mehr mitmachen wollen. Deswegen sagen wir: Gegenüber den neuen Heinz-Schleußer-Türmen oder Johannes-Rau-Türmen sind die früheren Julius-Türme von Fritz Schäffer ein Klacks. Das machen wir nicht mit. Sie können den Haushalt anders finanzieren, als Sie es jetzt tun.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Prof. Dr. Farthmann das Wort.

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt nimmt die Debatte nun wirklich groteske Formen an. Haben wir denn nun Juliustürme, oder haben wir Schulden? Das möchte ich gern einmal wissen.

(Schauerte (CDU): Leider Schulden!
- Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.
- Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Vielleicht können Sie sich einen Augenblick zurückhalten, Herr Schauerte, damit ich versuchen kann, Ihnen das klarzumachen.

Wenn wir jetzt einmal über alle Fensterreden und die Tatsache, daß draußen das eine oder andere erwartet wird, hinwegsehen, möchte ich Ihnen von der Opposition sagen: Niemand leidet unter der Last des Schuldenbergs so schwer wie die, die hier die Regierungsverantwortung haben oder die Regierung stützen. Das ist doch der Punkt.

- (B) Was glauben Sie wohl, wer von uns ein Interesse daran hätte, die Schulden einen Pfennig höher zu machen als unbedingt nötig?

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Das ist doch, meine Damen und Herren, wenn Sie Ihre fünf Sinne noch einigermaßen beisammen haben, eine geradezu groteske Unterstellung. Das ist das eine.

(Hardt (CDU): Sie haben doch mehr Steuern eingenommen!)

Jetzt das zweite: Es wird gesagt, da würde unnötig etwas verpulvert. Herr Rohde tut ernsthaft so, und das ist, Herr Rohde, eine Irreführung der Öffentlichkeit. Deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet.

(Doppmeier (CDU): Na, na!)

- Sie wissen doch noch gar nicht, was ich sagen will, lassen Sie mich doch einmal ausreden!

Da tut Herr Rohde so, als ob irgendein Risiko, was Ausgaben anbetrifft, damit verbunden wäre, wenn wir eine Kreditermächtigung aussprechen. (C)

(Schauerte (CDU): Ein erhöhtes Risiko!)

Als ob irgendein Risiko damit verbunden wäre! Jeder Landtagsabgeordnete weiß - und deswegen sind wir verpflichtet, das auch der Öffentlichkeit deutlich zu machen -, daß wir keinen Pfennig mehr ausgeben dürfen als der Landeshaushalt vorsieht. Da kann der Kreditermächtigungsrahmen zehnmal höher sein, dann dürfen wir trotzdem keinen Pfennig mehr ausgeben.

(Hardt (CDU): Dann braucht ihr den doch nicht!)

Daß wir uns diesen Kreditrahmen beschaffen wollen, ist nur die Vorsorge des treusorgenden Hausvaters und nichts weiter.

(Lebhafter Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Wenn nachher tatsächlich - da würden wir uns doch alle gemeinsam freuen, und deswegen fasse ich mich an den Kopf über diese Debatte -

(Doppmeier (CDU): Ja, zu recht! - Weitere lebhafte Zurufe von der CDU)

diese Milliarden eingingen, wäre es das Beste, was uns allen passieren könnte. Dann werden wir natürlich den Kreditrahmen entsprechend weniger ausnutzen. Es kann ja gar keine Mark mehr ausgegeben werden als unser Haushalt vorsieht! (D)

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Prof. Farthmann, Herr Abg. Dorn bittet um eine Zwischenfrage. Wollen Sie sie zulassen?

(Dr. Farthmann (SPD): Ja, natürlich.)

- Herr Kollege Dorn, bitte schön!

Dorn (F.D.P.): Herr Kollege Dr. Farthmann, ist Ihnen denn aus der Erinnerung entschwunden, daß die Landesregierung uns seit Jahren hier im Plenum und im Haushalts- und Finanzausschuß immer wieder vorträgt, wie weit die Fortgeltung der Kreditermächtigungen als Institut über Jahre hinaus von ihr vertreten wird, daß wir uns Jahr für Jahr mit der Landesregierung darüber gestritten haben und daß diese 12 Milliarden DM, die Herr

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Kollege Rohde genannt hat, nach Angaben von Herrn Finanzminister Dr. Posser im Ausschuß ausdrücklich als Mehrausgaben aus dem Institut der Fortgeltung der Kreditermächtigungen zu Buche geschlagen sind?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Kollege Dorn, wenn man alt wird, ist das Gedächtnis das erste, was nachläßt. Das spüre ich auch manchmal schmerzlich. Aber, was Sie angesprochen haben, habe ich in der Tat nicht gewußt - nicht, weil ich es vergessen hätte, sondern weil ich es nie gewußt habe.

Aber das ändert doch nichts an der Tatsache, daß im Haushaltsjahr 1988, in dem wir uns befinden und um das es hier geht, kein Pfennig mehr ausgegeben werden darf als der Haushalt vorsieht, und daß das nichts mit der Höhe der Kreditermächtigungen zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen, meine Damen und Herren,

(Schauerte (CDU): Vorsicht!)

geht es hier und heute ausschließlich um die Frage, ob wir die Mittel zur Erfüllung des Ruhrgebietsprogramms und der anderen Punkte bereitstellen wollen oder nicht.

(Dr. Linssen (CDU): Nein! - Weiterer lebhafter Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

(B)

Nur darum geht es.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Das ist genau falsch!)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Die Beharrlichkeit, mit der Sie hier eine Scheindiskussion über die Kreditermächtigung führen,

(Hardt (CDU): Dann laßt das doch!)

legt den Schluß nahe, daß Sie über diese Kernfrage hinwegtäuschen wollen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klöse: So, wünscht noch jemand das Wort? - Offensichtlich nicht! Dann kann ich die Beratung schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die beiden Änderungsanträge ab.

(C) Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3316 - Neudruck -, Stichwort: Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist so angenommen.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/3325 ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist auch dieser Änderungsantrag angenommen.

Wir stimmen nunmehr über den Gesetzentwurf insgesamt ab. Wer ihm in der Fassung nach der zweiten Lesung - Drucksache 10/3264 - unter Einbeziehung der soeben angenommenen Änderungsanträge seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(CDU- und F.D.P.-Fraktion stimmen dagegen. - Hardt (CDU): Wegen eurer Finanzierung!)

Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Wir stimmen nun über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3333 ab. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

(D)

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Hilfe für die Nordsee durch beschleunigte Rheinsanierung

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der F.D.P. gemäß § 93 Ziffer 5 der Geschäftsordnung
Drucksache 10/3317

(Viele Abgeordnete verlassen den Plenarsaal. - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mit Drucksache 10/3326 hat die Fraktion der SPD einen Entschließungsantrag vorgelegt, der mit in die Beratung einbezogen wird und über den wir nach der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag abstimmen werden.

Zunächst habe ich aber noch mitzuteilen, daß die Fraktion der F.D.P. eine Berichtigung ihres Antrages Drucksache 10/3317 vorgelegt